Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Wohlstand erhalten – Zukunft sichern

Halbzeitbilanz des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (2018–2019)

6. November 2019

Peter Altmaier, Bundesminister für Wirtschaft und Energie

In den letzten 20 Monaten ist es uns gelungen, die Wirtschaftspolitik wieder in das Zentrum der politischen Debatte zu rücken. Wir haben wichtige Maßnahmen durchgesetzt. Nach einem Jahrzehnt des Aufschwungs muss sich der Wirtschaftsstandort Deutschland im internationalen Wettbewerb neu beweisen und zukunftsfest werden. Entwicklungen wie die Plattformökonomie oder Künstliche Intelligenz einerseits sowie die aktive Industriepolitik anderer Staaten und ein rauer werdender internationaler Wettbewerb verlangen eine Anpassung der Strategien von Politik und Unternehmen. Jetzt ist die Zeit, die wirtschaftlichen Grundlagen unseres Wohlstandes zu sichern und zu stärken. Wirtschaftspolitisch geht es jetzt darum, technologisches Know-how zu aktivieren und zu vernetzen für bahnbrechende Innovationen und neuartige Geschäftsmodelle, unternehmerische Initiative zu fördern, Klimaeffizienz im wirtschaftlichen Denken zu verankern, europäische Freiheiten und Regeln zu schützen, auf denen unsere soziale Marktwirtschaft basiert.

- **Wir stärken den Mittelstand:** Mit der Mittelstandsstrategie haben wir ein umfassendes Konzept zur Stärkung und Entlastung mittelständischer Unternehmen vorgestellt. Neben der Entlastung von Steuern und Abgaben muss deutlich mehr Bürokratie abgebaut, das Arbeitsrecht weiter modernisiert, die Infrastruktur leistungsfähiger ausgebaut und es müssen innovative Lösungen für den Fachkräftemangel gefunden werden. Für Digitalisierung und Innovationen brauchen die mittelständischen Unternehmen noch mehr Unterstützung.

- **Wir stärken die Industrie:** Wir haben eine Nationale Industriestrategie 2030 vorgelegt. Sie hat zu einem breiten gesellschaftlichen und politischen Diskurs in Deutschland und Europa geführt, dessen Ergebnis in Kürze veröffentlicht wird. Ziel ist es, die allgemeinen Rahmenbedingungen zu verbessern, neue Technologien zu stärken und unsere technologische Souveränität zu sichern, um Deutschlands Position im internationalen Wettbewerb zu stärken. Dazu haben wir gemeinsam mit Frankreich ein deutsch-französisches Manifest über die Industriepolitik vorgelegt und uns gemeinsam mit Polen und Frankreich auf eine Initiative zur Modernisierung der EU-Wettbewerbspolitik verständigt – beides mit dem Ziel, in Zeiten des rauer werdenden globalen Wettbewerbs die Kräfte in Europa zu bündeln.

- **Wir stärken eine eigene Batterieproduktion:** Deutschland und Europa müssen sich mit eigenem Know-how und eigener Produktion in die Wertschöpfungsketten für Zukunftstechnologien einbringen. Wir fördern daher Investitionen in die Batterietechnologie. Gemeinsam mit unseren französischen Partnern haben wir das erste Konsortium zur Batteriefertigung mit starker Beteiligung deutscher Unternehmen geschmiedet und bei der EU-Kommission angemeldet. Im Rahmen der gemeinsamen europäischen Fördermaßnahme für die Mikroelektronik stellt das BMWi bis 2021 eine Milliarde Euro für Investitionen und Innovationen zur Verfügung.

- **Wir setzen den Kohleausstieg um:** Mit dem Kohleausstiegsgesetz, das bis Ende des Jahres zusammen mit anderen wichtigen energiepolitischen Vorhaben beschlossen werden soll, bekommen alle Akteure – Unternehmen und ihre Beschäftigten, aber z. B. auch die Betreiber der Stromnetze – Planungssicherheit bei der Beendigung der Kohleverstromung bis 2038.

- **Wir stärken unsere Regionen beim Strukturwandel:** Mit dem Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen liegt nun ein rechtlicher Rahmen für eine erfolgreiche, verlässliche Bewältigung des Strukturwandels in den Kohlerevieren vor. Zukunftsinvestitionen unterstützen wir mit über 40 Milliarden Euro.

- **Wir beschleunigen den Stromnetzausbau:** Das 2019 novellierte Netzausbaubeschleunigungsgesetz beschleunigt Genehmigungsverfahren für Stromleitungen und bringt so den für eine erfolgreiche Energiewende zentralen Netzausbau voran. Der neue, zwischen Bund und Ländern vereinbarte Aktionsplan für den Netzausbau enthält erstmals gemeinsame Zeitpläne für alle Vorhaben. Er dient der Versorgungssicherheit und der Umsetzung des 65-Prozent-Ziels für erneuerbare Energien. Im Juni 2019 haben sich der Bund und Bayern, Hessen und Thüringen auf eine Lösung für die Netzausbauprobleme im „Dreiländereck“ verständigt.

- **Wir machen Energiewende:** Wir werden die erneuerbaren Energien weiterhin zielstrebig, effizient und marktorientiert ausbauen. Um der Windenergie an Land und Photovoltaik einen deutlichen Schub zu geben, haben wir 2018 für diese Technologien Sonderausschreibungen eingeführt. Insgesamt werden vier Gigawatt pro Jahr in den Jahren 2019 bis 2022 zusätzlich ausgeschrieben. Um die Akzeptanz der Bürger und die Genehmigungsverfahren zu verbessern, haben wir eine „Aufgabenliste zur Schaffung von Akzeptanz und Rechtssicherheit für die Windenergie an Land“ vorgelegt, die wir jetzt in Angriff nehmen. Kommunen können künftig stärker an den Erträgen aus dem Betrieb von Windrädern teilhaben. Dies kommt direkt den Bürgerinnen und Bürgern in den Gemeinden vor Ort zugute.

- **Wir setzen auf klugen Klimaschutz:** Um die Klimaziele 2030 verbindlich zu erreichen, hat die Bundesregierung ein umfassendes Klimapaket beschlossen. Das CO_2-Festpreissystem ermöglicht einen sanften Einstieg in die CO_2-Bepreisung, auch in den Sektoren Verkehr und Gebäude, bei denen wir aufholen müssen. Einen Teil der Einnahmen aus der CO_2-Bepreisung geben wir über eine Senkung des Strompreises direkt an die Bürger zurück. Wichtige Säulen sind außerdem die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung und eine finanzielle Förderung für klimafreundliche Investitionen.

- **Wir sorgen für saubere Luft in Häfen:** Gemeinsam mit den Küstenländern bringen wir die Nutzung von Landstrom voran, damit Schiffe zukünftig im Hafen nicht mehr fossile Kraftstoffe verbrennen, sondern erneuerbaren Strom vom Land nutzen können. Das schützt die Gesundheit der Menschen und die Natur.

- **Wir setzen auf Innovation:** Innovative Energietechnologien werden mit zielgenauen Programmen gefördert. Das siebente Energieforschungsprogramm legt den Schwerpunkt auf den Technologie- und Innovationstransfer. In Reallaboren werden neue Technologien unter Feldbedingungen erprobt. Alternative Energieträger sind Gegenstand der Wasserstoffstrategie, die noch in diesem Jahr verabschiedet wird.

- **Wir sorgen für Diversifizierung:** Wir haben den Dialogprozess „Gas 2030“ zur zukünftigen Rolle gasförmiger Energieträger gestartet. Neben gut ausgebauten Pipelines verbreitern Flüssiggasimporte die Energieversorgung. Auf der LNG-Konferenz im Februar 2019 wurde der modernisierte regulatorische Rahmen für die Flüssiggasversorgung vorgestellt.

- **Wir stärken den Wettbewerb in der Plattformökonomie:** Die Expertenkommission Wettbewerbsrecht 4.0 hat eine Blaupause für den Wettbewerbsrahmen der Digitalwirtschaft in Europa vorgelegt. Es geht darin um die Weiterentwicklung des europäischen Wettbewerbsrechts, aufbauend auf der gemeinsamen Initiative zur Modernisierung der EU-Wettbewerbspolitik von Frankreich, Polen und Deutschland. Gleichzeitig haben wir auf nationaler Ebene den Entwurf für eine Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung, das GWB-Digitalisierungsgesetz, vorgelegt. Es verbessert den Marktzugang für Start-ups und Mittelständler, indem es u. a. den Zugang zur Währung „Daten“ ermöglicht, der Bevorzugung eigener Produkte bei Suchergebnissen einen Riegel vorschiebt, marktbeherrschende Plattformen strengeren Regeln unterwirft und bürokratische Erleichterungen bei der Fusionskontrolle vollzieht. Es stärkt den Wettbewerb in der Plattformökonomie und nutzt den Verbrauchern. Mit diesen innovativen Vorschlägen ist Deutschland Vorreiter in Europa.

- **Wir helfen Gründern:** Unsere Gründungsoffensive war Auftakt zu einer Reihe von Maßnahmen und Veranstaltungen zur Stärkung von Gründungskultur und Gründungsstandort. Mit dem Start der KfW Beteiligungsgesellschaft „KfW Capital“ und der Einrichtung der Gründungsplattform sind wichtige Vorhaben bereits umgesetzt.

- **Wir sichern Fachkräfte:** Die Meisterpflicht wird in zwölf Gewerken wieder eingeführt, um den Fachkräftenachwuchs zu sichern und die Wettbewerbsfähigkeit der Handwerksbetriebe zu stärken. Wir setzen uns intensiv für ein Bündnis der Wirtschaft zur Stärkung der Fachkräfteeinwanderung ein. Dabei geht es um die gezielte Gewinnung qualifizierter Arbeitskräfte aus Drittstaaten. Die Grundlage für den Zuzug von qualifizierten Fachkräften aus Drittstaaten bildet das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das im März 2020 in Kraft tritt. Großen Wert haben wir dabei auf die Bedürfnisse vor allem der mittelständischen Wirtschaft gelegt, die auf einen erleichterten Zugang für beruflich Qualifizierte angewiesen ist.

- **Wir schützen kritische Infrastrukturen:** Um bei Unternehmensübernahmen die kritischen Infrastrukturen und Schlüsseltechnologien zu schützen, haben wir die Möglichkeiten erweitert, ausländische Direktinvestitionen zu prüfen und, wo erforderlich, zu unterbinden. Wir haben die Übernahme eines Betreibers einer kritischen Energieinfrastruktur (50Hertz) durch ein EU-fremdes Drittland verhindert.

- **Wir sorgen für weniger Bürokratie:** Wir haben uns in den vergangenen Monaten intensiv für einen spürbaren Abbau von Bürokratie eingesetzt. Mit dem Bürokratieentlastungsgesetz III wurde ein Entlastungsvolumen für Unternehmen von mehr als einer Milliarde Euro jährlich beschlossen. Vereinfacht werden die Arbeitsunfähigkeitsmeldung, die Datenhaltung für Steuerzwecke und Meldescheine im Hotelgewerbe. Gründer müssen ihre Umsatzsteuervoranmeldung nicht mehr monatlich, sondern nur noch vierteljährlich abgeben.

- **Wir stärken Datensouveränität:** Deutschland und Europa benötigen eine Dateninfrastruktur, die unsere Datensouveränität gewährleistet und es ermöglicht, Daten sicherer und breiter als bisher zur Verfügung zu stellen. Gemeinsam mit der Wirtschaft treibt der Bundeswirtschaftsminister den Aufbau einer solchen Dateninfrastruktur (Projektname Gaia-X) voran.

- **Wir bringen Innovation auf die Straße:** Die neue Transferinitiative des BMWi verfolgt das Ziel, Hindernisse auf dem Weg von der Idee zum Markterfolg zu erkennen und zu beseitigen. Durch Reallabore setzt Deutschland verstärkt auf regulatorische Experimentierräume zur Beschleunigung von Innovationen. Neben erheblichen Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger hat sich die Bundesregierung auch auf erste steuerliche Entlastungen für Unternehmen geeinigt. Wir haben erreicht, dass die steuerliche Förderung von Personalaufwendungen für Forschung und Entwicklung unternehmens- und insbesondere mittelstandsfreundlich ausgestaltet wird. Die Agentur für Sprunginnovationen wurde gegründet. Sie wird mit Innovationswettbewerben und anderen Formen der Projektförderung zur Ideengewinnung beitragen und damit einen effektiven Beitrag zum Innovationsstandort Deutschland leisten.

- **Wir fördern KI:** Die Bundesregierung hat eine Strategie „Künstliche Intelligenz“ (KI-Strategie) beschlossen, die jetzt schrittweise umgesetzt wird. Zu den ersten Maßnahmen zählt die Verdopplung der Fördermittel für Existenzgründungen aus der Wissenschaft. Mit dem KI-Innovationswettbewerb werden Leuchtturmprojekte realisiert.

- **Wir fördern Blockchain:** Mit der Blockchain-Strategie hat die Bundesregierung die Grundlage dafür gelegt, die Anwendung dieser Technologie in Deutschland zu erleichtern. Die Strategie stellt ihre Potenziale für Wirtschaft und Gesellschaft dar und formuliert Maßnahmen zu deren Nutzung.

- **Wir stärken Deutschlands Regionen:** Im Abschlussbericht der Kommission zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse wurden die Vorschläge des BMWi aufgegriffen, ein gesamtdeutsches Fördersystem zu errichten. Dieses wird nun mit der Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung als Ankerprogramm ausgestaltet.

- **Wir sichern uns Rohstoffe:** Mit der Rohstoffstrategie, die die Bundesregierung noch in diesem Jahr neu auflegen wird, unterstützen wir die Unternehmen dabei, eine wettbewerbsfähige Rohstoffversorgung zu sichern, besonders bei Zukunfts- und Schlüsseltechnologien und im Energiebereich.

- **Wir setzen Impulse für Europa:** Die deutsche Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres werden wir auch dazu nutzen, wirtschaftspolitische Gemeinschaftsprojekte voranzutreiben: Binnenmarkt, Wettbewerbsfähigkeit, digitale Infrastruktur, europäische Energiewende und Freihandel.